



Regierungsratsbeschluss vom 18. April 2023

Abstimmung vom 18. Juni 2023; Bundesvorlage über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

P230283

1. Der Regierungsrat bezieht aktiv Position zugunsten der nationalen Umsetzung der OECD-Mindeststeuer.

Begründung

Die OECD verlangt, dass grosse, internationale Unternehmen mit mehr als 750 Millionen Euro Umsatz mindestens 15 Prozent Gewinnsteuern bezahlen. Der Bund schlägt vor, dieses Ziel mit einer Ergänzungssteuer für betroffene Unternehmen umzusetzen. Der Regierungsrat empfiehlt ein Ja: Ein Ja schafft Rechts- und Investitionssicherheit. Ein Ja sichert Steuereinnahmen. Zudem ermöglicht die Umsetzung den Kantonen, die Standortattraktivität zu erhalten. Davon profitiert die gesamte Schweiz.

